

Zitieren wir noch jenen Mr. Paul Shaffers, der Ende des vorigen Jahres als Vizepräsident einer Kommission des amerikanischen Kongresses für die Streitkräfte hier in Berlin war und sich am 21. November sehr klar und ganz deutlich über die amerikanischen Absichten in Westdeutschland ausgesprochen hat. Mr. Shaffers meinte hier vor dem Berliner Publikum, „die Kraftprobe mit den Russen“ sei doch unvermeidlich. Sie komme über kurz oder lang. Je schneller sie komme, desto besser sei es für Amerika. Er fügte wörtlich hinzu: „Die Industrie Westdeutschlands wird rechtzeitig wiederaufgebaut sein, um ihre Rolle bei der Kraftprobe zu spielen.“

(Hört, hört!)

Kolonialer Status, in dem alle Macht den Hohen Kommissaren gehört, wie ehemals dem Vizekönig in Indien, Wiederaufbau der westdeutschen Rüstungsindustrie, um dem amerikanischen Monopolismus bei der von ihm sehnlichst gewünschten „Kraftprobe mit Rußland“ zu helfen, das, meine Damen und Herren, sind wesentliche Bestandteile der Grundlagen, die Herr Clay aus erwachendem Mitgefühl für die Arbeit der westdeutschen Marionetten-Regierung geschaffen hat.

So wie der konservative „Daily Express“ in London anlässlich des im Sommer vollzogenen Abschlusses des Abkommens der USA mit Großbritannien und Kanada mit Erbitterung feststellte, das Herz des englischen Empire schlage nunmehr in Washington, so kann man nach dem Ergebnis dieser Entwicklung sagen, das Herz Westdeutschlands befindet sich nicht in Bonn am Rhein, sondern in der Wallstreet New Yorks und pumpt das Blut der deutschen Wirtschaft in die Kassenschänke des USA-Finanzkapitals.

Wer auf solcher Grundlage „deutsche“ Politik betreibt, steht entweder schon oder gerät mit tödlicher Sicherheit auf die Ebene jener Provokateure von Bonn, die schon wieder die Landsknechtstrommel der Goebbels und Hitler zu einem neuen frisch-fröhlichen Kriege schlagen.

Westdeutschland ist, wie der Ministerpräsident mit vollem Recht gesagt hat, der Tummelplatz ausländischer und deutscher Imperialisten und Militaristen geworden. Es wird für immer eine Schande des Bonner Parlamentarismus bleiben, daß man unseren Freund Max Reimann, den Freund der deutschen Einheit, den unerschrockenen Kämpfer für den Frieden, zur Ordnung rief und am Weiterreden hinderte, weil er mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze des Friedens und der Freundschaft die so geheiligte Würde des Hohen Hauses zu Bonn verletzt habe. Zur selben Zeit aber konnten in diesem Hause die wildgewordenen schwarzweißbrotten Revanchepolitiker nicht nur ungestört, sondern unter dem Beifall der „würdigen“ Bonner Versammlung ihren Anspruch auf Böhmen und Mähren erheben, Österreich für Deutschland reklamieren und die polnische Volksdemokratie provozieren.

Gegenüber dieser gefährlichen Kriegstreiberei gilt es, eine harte, unbeugsame Politik des Friedens zu betreiben. Niemals wieder darf der Bestand unserer Nachbarstaaten, die nationale Existenz ihrer Völker durch uns gefährdet und damit neues Elend über die Welt heraufbeschworen werden. Niemals darf es wieder heißen: Unsere Nachbarländer oder Teile von ihnen gehören zum Besitz Deutschlands. Immer muß das Streben unserer Politik geleitet sein von dem großen Willen der Deutschen Demokratischen Republik, wieder das Vertrauen in der Welt zu gewinnen, das sie befähigt, als gleichberechtigtes Mitglied der Familie freier Völker anzugehören.

Das bemerkenswerteste Zeichen für den Umfang der wiedergewonnenen Handlungsfreiheit ist die von der Provisorischen Volkskammer in ihrer ersten Sitzung beschlossene Errichtung eines Ministeriums für aus-

wärtige Angelegenheiten. Das, meine Damen und Herren, gibt uns endlich die Gelegenheit, nicht mehr nur in Reden und Entschließungen, sondern durch die Tat zu beweisen, wie Ernst es der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Willen ist, zu allen Völkern, insbesondere aber zu der UdSSR und zu den Volksdemokratien, eine aufrichtige Freundschaft herzustellen. Nur im Bunde mit den 600 Millionen Menschen der Volksdemokratien und des Friedens, deren Machtbereich sich vom Stillen Ozean bis nach Mitteleuropa erstreckt, werden wir unseren Kampf für unsere nationale Unabhängigkeit erfolgreich führen und damit zugleich den unterdrückten Völkern der ganzen Welt wertvolle Hilfe leisten können.

Wenn wir die Potsdamer Beschlüsse und die sonstigen gemeinsamen Deklarationen der Alliierten zur Grundlage unserer Politik machen, wenn wir aus ihnen den Rechtsanspruch auf die deutsche Einheit, auf einen gerechten Frieden herleiten, dann ist es nicht erlaubt, meine Damen und Herren, nur diesen Teil der Abkommen zu akzeptieren und die anderen unangenehmeren Teile zu ignorieren, als seien sie überhaupt nicht da.

(Sehr wahr!)

Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterstreicht im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, die sie vor der Geschichte zu tragen hat, und aus dem Willen heraus, in Freundschaft mit allen demokratischen Völkern zu leben, die Feststellung der Regierungserklärung, daß die Oder-Neiße-Linie die Grenze des Friedens nicht nur zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke, sondern für ganz Europa ist.

Die Entwicklung und Pflege freundschaftlichster Beziehungen zu dem polnischen Volke wird eine sehr wesentliche Aufgabe des Herrn Ministers für auswärtige Angelegenheiten sein und uns helfen, die Wunden, die der Krieg beiden Völkern geschlagen hat, schneller zu überwinden.

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung wörtlich gesagt:

Der Weg des Friedens, den die Regierung zu gehen entschlossen ist, enthält auch die Anerkennung der uns auferlegten Reparationsverpflichtungen, den Kampf gegen den Geist des Faschismus und Militarismus und deren organisatorische Wiederbelebung, die Errichtung eines demokratischen Staatswesens und die Herstellung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten der Erde.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands stimmt dieser feierlichen Verpflichtungserklärung der Regierung uneingeschränkt zu. Sie wird durch eine Politik der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den durch Deutschland geschädigten Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion, jede für die deutsche Bevölkerung mögliche Erleichterung anstreben.

Es muß aber, meine Damen und Herren, in dieser Stunde mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß das Vertrauen der Welt, das Vertrauen der Sowjetunion nicht und niemals gewonnen werden kann durch unberechnete Forderungen, und noch weniger durch die von gewissen Seiten ständig gesteigerte, unheilvolle Hetze gegenüber der Sowjetunion und ihrer Regierung. Jede Hilfe, auch die im Privatleben geleistete, ist nicht so sehr eine Sache des Vermögens als des Vertrauens. Das sollten insbesondere alle diejenigen bedenken, die auf der einen Seite immer wieder nach noch größerer Hilfe durch die Sowjetunion, die von dem Hitler-Krieg so schwer getroffen ist, rufen und zu gleicher Zeit der Regierung der UdSSR gegenüber nicht nur eine ablehnende, sondern eine offen feindselige Haltung an den Tag legen.